

DICKE LUFT

DICKE LUFT

CHINA IM UMWELTSTRESS

ANJA D. SENZ

Schon seit Jahrhunderten durchläuft China eine Umformung der Natur, die in Kontrast zur idealisierten Darstellung in der chinesischen Kunst steht. In den vergangenen Jahrzehnten führte eine auf rasches Wachstum ausgerichtete Industrialisierungsstrategie zu schweren Umweltbelastungen, das Land gilt heute als einer der weltweit größten Klimasünder und zahlreiche Umwelt- und Lebensmittelskandale sorgen für wachsenden Unmut in der Bevölkerung. Welche Wege geht China in der Umweltpolitik und wie reagiert die politische Führung auf gesellschaftliche Kritik? Diesen Fragen geht die gegenwartsbezogene Chinaforschung am Heidelberger Institut für Sinologie nach.

M

Melanin im Milchpulver, Kadmium im Reis, Malachit in Meeresfrüchten, Blei im Tee, Antibiotika im Hühnerfleisch, explodierende Wassermelonen und aus Abwässern „recyceltes“ Speiseöl – das sind nur einige der zahlreichen in den letzten Jahren bekannt gewordenen Lebensmittelskandale in China. Sie werfen ein Schlaglicht auf die diversen Kontaminationen von Wasser, Luft und Boden und deuten auf Schwachstellen in der politischen Regulation hin. Bereits seit vielen Jahren ist China fester Bestandteil der internationalen Debatten zu Umwelt- und Klimaschutz. Im Zuge der rapiden Wirtschaftsentwicklung haben sich die Umweltbedingungen stark verschlechtert und hohe Emissionen führen dazu, dass das Land als einer der weltweit größten Klimasünder gilt. Internationale Umweltindizes belegen das enorme Ausmaß der Umweltzerstörung in China, das bei der Bevölkerung zunehmend zu Unzufriedenheit führt. Umweltstress ist allerdings kein neues Phänomen in China.

Neben den von Menschen erzeugten Problemen stellen schwierige naturräumliche Gegebenheiten eine grundsätzliche Herausforderung dar. Chinas agrarisch nutzbare Fläche steht seit jeher in ungünstiger Relation zur Bevölkerungsgröße: So sind nur etwa 12,5 Prozent des Territoriums landwirtschaftlich nutzbar, wobei durch Urbanisierung und Industrialisierung in den letzten Dekaden viele Agrarflächen verloren gingen. Problematisch ist auch die Verfügbarkeit von Wasser: Mit sechs Prozent der weltweiten Frischwasserreserven müssen heute knapp 20 Prozent der Weltbevölkerung versorgt werden. Zudem sind die Wasserressourcen in Nord-Süd-Richtung ungleich verteilt, wodurch der Süden von Wasserreichtum, der Norden jedoch von Trockenheit und häufigen Dürreperioden gekennzeichnet ist.

Jahrhundertealte Tradition von Umweltveränderung
Staatliches Umweltmanagement – die Organisation von Terrassenbau und Bewässerungssystemen, die Trockenlegung von Land, die Abholzung und Wiederaufforstung von Wäldern, die Entwicklung neuer Getreidesorten und Saattechniken – zählt zum jahrhundertealten sozio-kulturellen Repertoire Chinas. Entwicklung, Verfall oder Wiederherstellung von Kulturlandschaften korrespondierten oftmals mit dem Aufstieg und Niedergang von Dynastien und verknüpften das politische Schicksal Chinas eng mit



PROF. DR. ANJA D. SENZ hat seit Februar 2019 die Professur für Gegenwartsbezogene Chinaforschung am Institut für Sinologie der Universität Heidelberg inne. Zuvor forschte sie am Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Duisburg-Essen und am Torino World Affairs Institute der Universität Turin (Italien). Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft in China, insbesondere in den Bereichen Kommunalpolitik und Umwelt-Governance, sowie Handel und Konnektivität in Asien. Regelmäßig hält sie sich zur Feldforschung nicht nur in China, sondern auch in Nachbarländern wie Indien und Myanmar auf, um Daten für ihre Untersuchungen zu erheben. Als Gastprofessorin lehrt sie an der Nankai Universität in Tianjin (China). Sie ist Mitglied im Editorial Board des „Journal of East Asian Studies“ sowie des „German Journal on Contemporary Asia“ und Sprecherin des wissenschaftlichen China-Beirats der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde. Neben ihrer Tätigkeit als Gutachterin für zahlreiche internationale Fachzeitschriften berät sie Politik und Wirtschaft auf EU-, Bundes- und Landesebene zur Kooperation mit China.

Kontakt: anja.senz@zoi.uni-heidelberg.de

einer erfolgreichen Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion. Während Steuerabgaben auf der Basis landwirtschaftlicher Erträge in die Finanzierung der kaiserlichen Bürokratie flossen, organisierte diese die Umformung der Natur in „ernährende Landschaften“ und trug für deren Erhalt Sorge. Neben der „Optimierung“ der Natur als Reaktion auf den hohen Bevölkerungsdruck wurden außerdem für die durchaus häufigen Notzeiten zum Beispiel Getreidespeicher angelegt. Trotz der Bemühungen zur Sicherung landwirtschaftlicher Erträge drückt sich in der chinesischen Grußformel „Nǐ chīle ma?“ (Hast Du schon gegessen?) bis heute die lange kollektive Bedrohung durch den Hunger aus. Die chinesische Geschichtsschreibung verzeichnet zwischen dem Jahr 108 v. Chr. und 1911 insgesamt 1.828 Hungersnöte; hinzu kommen Ereignisse aus der Frühphase der Volksrepublik China, so unter anderem die schwere Hungerkatastrophe im Zusammenhang mit der zulasten des Agrarsektors forcierten ländlichen Stahlproduktion während des „Großen Sprungs nach vorn“ (1958 bis 1962).

Die jahrhundertelange reale Umformung der Natur steht im Kontrast zu ihrer idealisierten Darstellung in der chinesischen Lyrik, Literatur und Landschaftsmalerei, was in der „westlichen“ Auseinandersetzung mit China zu einer Überbetonung der Naturphilosophie und Umweltethik des Daoismus, Buddhismus und Konfuzianismus verleitete. Dies förderte Interpretationen, die eine Zerstörung des vermeintlich „harmonischen Einklangs“ von Mensch und Natur in China einseitig als Resultat von Imperialismus beziehungsweise aus dem Ausland importierten kapitalistischen oder sozialistischen Naturbeherrschungsideen deuteten. Tatsächlich ist die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts als Folge einer auf rasches Wachstum ausgerichteten Industrialisierungsstrategie geprägt von schweren Umweltbelastungen. Die Mao-Ära wurde daher auch als „Krieg gegen die Natur“ charakterisiert, der jedoch in einer langen Tradition von Umweltveränderung und Naturausbeutung steht.

Mit dem Eintritt in die Phase der Reform- und Öffnungspolitik ab 1978 änderte sich der Modus, nicht aber der Grundtenor einer Unterordnung der Natur unter sozio-ökonomische Zielsetzungen. Großflächige Infrastrukturprojekte, forcierte Ressourcenextraktion, Industrialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft, Urbanisierung, zunehmende Mobilität und Binnenmigration, der steigende Energiebedarf und die Lebensgewohnheiten der wachsenden urbanen Mittelschicht haben gravierende Folgen für die Umwelt. Hier setzt unsere Forschung an und fragt, welchen Stellenwert Umweltthemen in einem sich so dynamisch entwickelnden Umfeld haben und mit welchen Maßnahmen die chinesische Regierung auf Umweltprobleme und gesellschaftliche Umweltschutzforderungen reagiert.

„Staatliches Umweltmanagement zählt zum jahrhundertealten sozio-kulturellen Repertoire Chinas.“

Umweltprobleme heute

Luftverschmutzung, ausgelaugte oder mit Schadstoffen belastete Böden und schlechte Wasserqualitäten kennzeichnen China heute landesweit. Besonders die alten Industrieregionen im Nordosten sowie die Industriezentren am Yangzi- und am Perfluss-Delta sind von Emissionseinträgen durch sauren Regen, Chemikalien aus der Landwirtschaft, Industrie- und Bergbauaktivitäten sowie einer ungeregelten Müllbeseitigung betroffen.

Mitte der 2000er-Jahre wies die nationale chinesische Umweltbehörde erstmals darauf hin, dass die positiven Entwicklungen der Wirtschaft durch die Umweltzerstörung aufgezehrt würden, weil die Kosten der Umweltdegradation dem Wert des jährlichen Wirtschaftswachstums entsprächen. Eine aktuelle Weltbank-Studie kommt zu einem ähnlichen Resultat. Umwelterkrankungen sind einer der Kostenfaktoren, auch geraten viele Menschen in finanzielle Not, weil sie die Erträge ihrer verseuchten Böden nicht mehr verkaufen können. Knapp 300 chinesische Städte, deren bisherige ökonomische Basis die Rohstoffextraktion (Kohle, Mineralien, Forstwirtschaft) war, gelten heute offiziell als „ressourcenerschöpft“. Für viele Einwohner bedeutet das den Verlust ihres Arbeitsplatzes, und so sind mehrere Millionen Menschen auf staatliche Grundversorgung angewiesen.

Unzufriedene Bevölkerung

Besonders die „dicke Luft“ in Chinas Städten sowie belastete Nahrungsmittel schüren die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die Anzahl der Umweltproteste ist in den letzten zwei Jahrzehnten stetig gestiegen, wobei sich das Internet und neue Möglichkeiten der digitalen Vernetzung als wichtige Informations- und Mobilisierungsinstrumente

erweisen. In Umfragen zu den Sorgen der chinesischen Bevölkerung rangieren Umweltprobleme stets auf den vorderen Plätzen – die Menschen erwarten Lösungen von der Politik. Das ist nicht erstaunlich in einem Staat, der der Gesellschaft wenig Freiraum für Debatten und Selbstorganisation lässt und für alle relevanten Fragen Zuständigkeit reklamiert. Doch Chinas Führung hat nicht nur aus Gründen der politischen Stabilität und Legitimation inzwischen ein vitales Interesse an der Verbesserung der Umwelt: Für eine weitere positive ökonomische Entwicklung sind Innovation und die Produktion hochwertiger Güter essenziell. Neue Umwelttechnologien und zum Beispiel die Elektromobilität sind mögliche Wege aus der Sackgasse der billigen Massenproduktion und zudem ein internationaler Markt mit großem Potenzial.

Die Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen erweist sich jedoch als schwierig, denn die wirtschaftlichen und sozialen Dynamiken ab 1978 mit dem Übergang vom Plan zum Markt haben die politische Struktur in China verändert. Liberalisierung und Dezentralisierung – also die Übertragung von Verantwortlichkeiten auf nachgeordnete staatliche Ebenen – haben den Provinzen, Städten und Kreisen Verhandlungsspielräume gegenüber der Zentrale in Peking eröffnet. Das politische System Chinas ist somit durch eine Vielzahl von Akteuren mit diversen Eigeninteressen gekennzeichnet, die sich in einer komplizierten Matrix aus vertikalen und horizontalen behördlichen Kompetenzen bewegen. Dies erschwert die landesweite Steuerung und Durchsetzung von Politiken, Gesetzen und Mindeststandards. Viele Gesetzestexte formulieren nur allgemeine Prinzipien, sind wenig detailgenau und lassen Lücken im Hinblick auf eindeutige Verantwortlichkeiten. Hieraus resultieren große Vollzugsdefizite bei der Implementierung der Umweltgesetze. Unklare Zuständigkeiten, eine oft mangelhafte Ausstattung und Qualifikation der lokalen Verwaltungen sowie ein schwaches Rechtssystem, das eine Durchsetzung von Gesetzen und Ansprüchen nicht sicherzustellen vermag, konterkarieren die Bemühungen für mehr Umweltschutz. Hinzu kommen lokaler Protektionismus, korruptives Verhalten und ein doppeltes Berichtswesen, in dessen Rahmen inhaltlich variierende Ergebnisse nach oben gemeldet werden. Lokale Behörden verfolgen in einem solchen Kontext häufig eigene politische Ziele.

Umweltengagement stößt auf Repression

Pilotgebiete und Modellregionen sind, so zeigen unsere Untersuchungen vor Ort, ein Mechanismus, mit dem der Zentralstaat die Einhaltung und Verbreitung von Umweltstandards durch Anreize fördert. Manchmal werden hierdurch Probleme nur verlagert, wenn Städte zwecks Verbesserung der lokalen Umweltbilanz umweltverschmutzende Fabriken kurzerhand in angrenzende ländliche Räume umsiedeln. In anderen Fällen werden neue Methoden

„Die jahrhundertelange reale Umformung der Natur steht im Kontrast zu ihrer idealisierten Darstellung in der chinesischen Lyrik, Literatur und Landschaftsmalerei.“

zunächst in überschaubarem Rahmen getestet, bevor sie in landesweite Politikvorgaben übernommen werden. Dies ermöglicht institutionelles Lernen sowie den „Import“ von Ideen und Lösungsansätzen, die sich in anderen Regionen oder dem Ausland erfolgreich bewährt haben.

Auf der kommunalen Ebene setzen sich zahlreiche soziale Initiativen für Ökologie ein. Im Allgemeinen tolerieren staatliche Stellen diese gesellschaftlichen Aktivitäten, solange konkrete Themen behandelt werden. Soziale Organisationen, die sich nach strikten Kriterien offiziell registrieren müssen, geraten jedoch leicht in Konflikt mit den Behörden, wenn sie Probleme aufgreifen, die den Interessen ansässiger Unternehmen oder Funktionäre zuwiderlaufen. Häufig geht es dabei um die Einhaltung von Umweltstandards. Hier stößt Umweltengagement auf Repression, besonders, wenn lokale Kader eine überregionale Wahrnehmung und damit einen Karriereknick befürchten müssen. Anders als von den subnationalen Verwaltungen werden diese lokalen Umweltaktivitäten von zentralen Regierungsstellen durchaus positiv bewertet. Da Umweltpolitik angesichts einer fragmentierten politischen Struktur mit divergierenden Interessenlagen nicht allein auf administrativem Weg durchgesetzt werden kann, sind lokale Aktivitäten und Proteste für die Zentrale eine Informationsquelle über Missstände und eröffnen die Möglichkeit, Druck auf die lokale Administration auszuüben.

„Für die Kommunistische Partei Chinas ist ‚Ökologische Zivilisation‘ das Schlagwort im neueren chinesischen Umweltdiskurs.“

Ästhetisierung des Umweltthemas

Für die Kommunistische Partei Chinas ist „Ökologische Zivilisation“ das Schlagwort im neueren chinesischen Umweltdiskurs. Eingeführt 2007, gehört es seit dem 18. Parteitag im Jahre 2012 zum festen ideologischen Begriffsrepertoire. Während der erste Bestandteil „Ökologie“ (shēngtài) mit der Idee des Bewahrens und Sparens von Ressourcen verknüpft ist, steht der zweite Bestandteil „Zivilisation“ (wénmíng) in Bezug zu einem breiteren Zivilisationskonzept, mit dem die chinesischen Regierungen seit den 1980er-Jahren auf jeweils aktuelle Probleme reagieren. So wurde zum Beispiel bereits eine „spirituelle“ von der „materiellen“ Zivilisation differenziert, um ideologisch den akzeptablen Wohlstand von der Profitgier unterscheiden und die Moral der Bevölkerung entsprechend lenken zu können. „Zivilisation“ beschreibt demnach ein modellhaft anzustrebendes Leben. Kaum ein Ort in China, wo heute nicht Schilder dazu auffordern würden, sich „zivilisiert“ zu verhalten. Vermutlich aufgrund seiner ideologischen Aufladung wird der Begriff in der offiziellen englischen Übersetzung mit „ökologischem Fortschritt“ wiedergegeben und so in das semantische Kontinuum von Reform und Entwicklung gerückt – eine häufige Übersetzungsraffinesse gegenüber dem nicht chinesischsprachigen Ausland.

NO BREATH OF FRESH AIR

CHINA IN ENVIRONMENTAL DISTRESS

ANJA D. SENZ

In the last three decades, China has undergone rapid economic development, resulting in a high level of environmental stress. The widespread contamination of air, soil and water has led to public discontent and a steadily rising number of protests in recent years. However, environmental management and dealing with acute environmental stress is nothing new for China. Throughout history, the disparity between the country's large population and the available farmland, and the many weather extremes like floods and droughts, have presented important challenges to the imperial bureaucracy.

Today a practical implementation of environmental protection measures is of high relevance to the Chinese government, but represents a complex task, given the dynamic socio-economic setting. Our research, which is based on regular field work in China, looks into the administrative steering mechanisms, the development of laws and regulations and the interaction between state and society in the field of environmental policies. It also shows how the Chinese communist ideology reflects current challenges related to environmental degradation and how the communist party reacts to public concerns. ●

PROF. DR ANJA D. SENZ accepted the Chair of Contemporary Chinese Studies at Heidelberg University's Institute of Chinese Studies in February 2019. She previously worked as a researcher at the Institute of East Asian studies of the University of Duisburg-Essen and at the Torino World Affairs Institute of the University of Turin (Italy). Her research interests are the relationship between state and society in China, particularly in the areas of local politics and environmental governance, and trade and connectivity in Asia. She regularly conducts field research in China and neighbouring countries such as India and Myanmar, in order to gather data for her investigations. She is also a visiting professor at Nankai University in Tianjin (China). Professor Senz serves on the editorial board of the "Journal of East Asian Studies" and the "German Journal on Contemporary Asia" and is speaker of the Academic Advisory Council of the German Association for Asian Studies. In addition to her work as consultant for numerous international specialist journals, she advises political and economic decision-makers at the EU, federal and state level on cooperation with China.

Contact: anja.senz@zo.uni-heidelberg.de

“The centuries-long real-life transformation of nature is in direct contrast to its idealised depiction in Chinese poetry, literature and landscape painting.”

Der Interpretation einer großen chinesischen Tageszeitung zufolge ist der Begriff als zukunftsorientiertes Leitbild zu verstehen, das den hohen Preis berücksichtigt, der für das bisherige Wirtschaftswunder gezahlt wurde. Er schließt keinesfalls nur eine theoretische Leerstelle im „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“, sondern spiegelt eine Veränderung im Entwicklungsverständnis der Partei wider, die nun nicht mehr nur den wirtschaftlichen Aufbau als Kern von Entwicklung ansehe, sondern auch den Aspekt der Nachhaltigkeit als der richtigen Beziehung von Mensch und Natur. Damit versucht der Begriff die Frontstellung von Wachstum und Umweltschutz zu überwinden, bleibt inhaltlich aber zugleich so vage, dass er politisch flexibel auf einer Skala zwischen Rechtfertigung bestehender Herrschaft und moderatem politischen Wandel genutzt werden kann.

Verbreitete Slogans wie „die ökologische Zivilisation voranbringen und ein schönes China aufbauen“ verweisen einerseits auf eine Ästhetisierung des Umwelthemas. Sie werden andererseits zu einem politischen Mantra, das die schwache Leistungsfähigkeit konkreter lokaler Politik adressiert, durch die die Legitimität von Staat und Partei aufgrund der starken Umweltverschmutzung gefährdet ist. Auf dieser Basis ist die politische Führung in den letzten zwei bis drei Jahren mit neuem Nachdruck gegen Umweltsünder vorgegangen. Wie erfolgreich diese Maßnahmen sein werden und was wir anhand des Beispiels Umweltpolitik über das Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im heutigen China lernen können, wird die Heidelberger Forschung auch weiterhin beschäftigen. ●

„Mit dem Eintritt in die Phase der Reform- und Öffnungspolitik ab 1978 änderte sich der Modus, nicht aber der Grundtenor einer Unterordnung der Natur unter sozio-ökonomische Zielsetzungen.“